

Gewerkschafter/innen gegen Atomenergie und Krieg



KONTAKT: Stiftgasse 8, A-1070 Wien
E-mail: ggae@gmx.at

Nr. 3, Sept. 2007

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Angeblicher Atom-Aufschwung:

Der Wahnsinn hat Methode

So als hätte es die Atomstörfälle in der BRD und den fast Super-GAU in Schweden nicht gegeben, tun unsere Medien so, als hätte die Atomkraft Zukunft. Doch das ist ein reiner Propagandafeldzug der Atomlobby, gerade zu einer Zeit, da wegen der überalterten AKW-Anlagen sich die Unfälle immer mehr häufen. Angriff ist die beste Verteidigung scheint sich die Atommafia und ihre Schreiberlinge zu denken.

Tatsache aber ist: Die Atomenergie ist eine Hochrisikotechnologie. Eine EU-Studie listet allein jährlich 800 Atomzwischenfälle in Frankreich auf. Der Unfall im schwedischen AKW Forsmark im Vorjahr wird als Beinahe-GAU bewertet. Und wussten Sie, dass in Frankreich 1999 nach einem Totalausfall durch Überflutung im AKW Blayais erstmals der nationale Notstandsplan aktiviert wurde? AKW im Osten werden nach wie vor von Westfirmen „nachgerüstet“, sodass

30 Jahre alte Technologie weiter in Betrieb ist. Die Endlagerfrage ist nach wie vor nirgendwo auf der Welt gelöst. Die Atomindustrie ist die höchst subventionierte Industrie. Der Rohstoff für den AKW-Betrieb, Uran, ist von 35 US-Dollar pro Kilogramm im Jahr 2005 auf heute 275 US-Dollar gestiegen. Als angeblicher Retter aus dem Klimawandel probiert die Atomlobby sich wiederum einmal selbst als „sauber“ hinstellen und will vor allem im Osten, z.B. Slowakei, Bulgarien, China, Japan, Indien, aber auch in Finnland, Belgien oder Holland neue AKW erzwingen.

Jeder Reaktor sei „im Prinzip immer ein katastrophenträchtiges Gebilde“, sagt der deutsche AKW-Experte Klaus Traube. Und er meint auch, dass Nachrüstungen keinen neuesten Stand der Technik garantieren, im Zweifel durch das Verbinden alter und neuer Teile sogar die Unfallgefahr steige.

Auch der bulgarische Kernphysiker Georgi Kastchiev, er arbeitete 17 Jahre im AKW Kosloduj, war bis 2001 Leiter der bulgarischen Atomsicherheitsbehörde und lehrt heute am Institut für Risikoforschung der Uni-Wien, meint, dass AKW überhaupt nicht sicher betrieben werden können: „Das ist nicht möglich. Es besteht immer die Möglichkeit schwerer Unfälle. Es wird schließlich die selbe Technologie verwendet wie bei Atomwaffen.“ eine Renaissance der Atomkraft sieht der Wissenschaftler auch nicht. **Der Rohstoff Uran wird knapp und teuer, sämtliche Finanzplanungen basieren auf alten Zahlen und schon jetzt kann ohne staatliche Unterstützung Atomstrom nicht im Wettbewerb mit anderen Technologien bestehen.**

Lassen wir uns also nicht den Kopf verdrehen. Der viel zitierte Aufschwung ist unter dem Deckmantel des Klimaschutzes eine Flucht der Atomlobby nach vorne. Mit unabsehbaren Folgen für Gesundheit und Leben der Menschen.

(Quellen: Wiener Zeitung, 10.+29.5.07; 8.9.07; Die Zeit, 12.7.07; Die Presse, 10.9.07)

50 Jahre IAEA in Wien – neuer widerlicher Kniefall Plassniks

Anlässlich des fünfzigjährigen Bestehens des IAEA-Sitzes in Wien hat Außenministerin Plassnik die IAEA zum „Friedensschützer“ und „Atomunfall-Verhinderer“ hochgejubelt. Das bedeutet so viel als – wie schon der frühere Finanzminister Edlinger in anderem Zusammenhang feststellte – den Hund auf die Wurst aufpassen zu lassen. Daher kann es für uns nur heißen: Österreich raus aus Euratom und IAEA! Damit würde endlich dem Atom-Nein-Volksentscheid von 1978 entsprochen. 30 Jahre Missachtung des Volksentscheides sind genug!

Sozialstaat Österreich? Die Maske fällt

Beispiel 1: Neue Armut für Hunderttausende – neuer Reichtum für einige Wenige

Selbst laut Angaben der Regierung gibt es in Österreich rund eine Million Menschen, die an oder unter der Armutsgrenze leben, d. h. im Monat mit 815 Euro (760 Euro Ausgleichszulage 14 mal im Jahr - www.familienverband.at) oder weniger auskommen müssen. Gleichzeitig vermelden die Konzerne ein gewinnträchtiges Rekordjahr nach dem anderen, steigen die Gehälter der Bosse und Manager ins Unermessliche.

Beispiel 2: Einkommen

Nach Angaben der Statistik Austria wird die Einkommensverteilung in Österreich immer ungerechter. Steigt die Produktivität pro Kopf von 1998 – 2008 um 15 %, so wird sein ein/e ArbeitnehmerIn nur um 3 % mehr leisten können. Im gleichen Jahrzehnt wachsen die Gewinne der Unternehmen lt. AK um 80 %, die Bruttolöhne (also vor Abzug von Steuern und Abgaben) der ArbeitnehmerInnen aber nur um 35 %.

Beispiel 3: Lebenshaltungskosten

Täglich steigen die Preise der Lebenshaltung, während Luxusgüter immer billiger werden. Die Preise für Milch (+5%), Eier (+7%), Brot (+5%), Fleisch (+5 bis 8%), Käse (+7%), Obst und Gemüse (+10 bis 20%) klettern immer weiter in die Höhe. Die AK hat errechnet, dass heute eine Durchschnittsfamilie monatlich nur mehr 27 Euro zurücklegen kann. Im Jahr 2000 waren das wenigstens noch 85 Euro monatlich. Dabei sind die Ernten gut, haben sich die Bauerneinkommen allein im Vorjahr um 15% (Kurier, 14.8.07 + 14.9.07) erhöht – ArbeitnehmerInnen sehen pro Jahr vielleicht real 1%. Als Ausrede dient hier der „internationale Markt“. Soviel zur viel gepriesenen Globalisierung. Jetzt wird auch bei Lebensmitteln so wie bei den Ölkonzernen der internationale Markt als

Ausrede herangezogen: Ist die Ernte schlecht, werden die Preise erhöht, ist die Ernte gut, werden die Preise erhöht, weil angeblich am internationalen Markt von diesem oder jenem Produkt nicht genug da ist. Aber man weiß ja auch, dass z.B. schon früher bei Kaffee, wenn zuviel geerntet wurde, gar der Überschuss ins Meer gekippt wurde, nur um den Preis, sprich den Profit zu halten. Und so dürfen wir von unseren „heimischen Bauern“ „heimische Produkte“ zu internationalen Preisen kaufen. Eine „Sawirtschaft“ ist das, wie sie im kapitalistischen Lehrbuch steht!

Weiteres Beispiel: Diesel. Dieser ist von 0,82 Euro im Jahr 2001 auf mittlerweile 1,129 Euro angestiegen und damit fast so teuer wie Normalbenzin. Der Hintergrund: ca. 80 % des in Österreich verbrauchten Treibstoffs ist Diesel. 2001 waren es erst knapp 50 %. Jetzt, wo fast alle Diesel fahren, wird der Preis immer mehr erhöht.

Leben wir im 21., oder schon wieder im 19. Jahrhundert. Daran erinnert im Zusammenhang mit den steigenden Preisen die Aussage von Sozialminister Buchinger, der ganz „sozial“ ankündigte (ob's umgesetzt wird bleibt eh noch abzuwarten), Menschen mit niedrigen Einkommen Lebensmittelzuschüsse zukommen zu lassen. Statt die Kapitalisten zu bekämpfen, statt massive Umverteilung von oben nach unten zu betreiben, werden Almosen verteilt. Damit wird verschleiert, dass die ungerechten Zustände aufrecht bleiben.

Beispiel 4: Pensionen

Jetzt will die Industrie sogar, dass man erst mit 67 Jahren die Pension antreten darf. Dabei gibt es ja kaum Arbeit für ältere Menschen und nehmen die gesundheitlichen Probleme im Alter zu. Gleichzeitig drängen viele Firmen die älteren Menschen in die Pension. Schon heute erreichen z.B. Metallarbeiter im Durchschnitt nur ein Lebensalter von 63 Jahren. Wir sollen also arbeiten bis zum Umfallen. Und wenn man die Pension noch erlebt, dann gibt um 30 bis 50 Prozent weniger Geld als vor der „Reform“. Früher galt es als Ziel, durch den technischen, wissenschaftlichen und sozialen Fortschritt ein längeres Leben bei weniger Erwerbsarbeit (Wochen- und

Lebensarbeitszeitverkürzung) zu erreichen. Heute wo wir (noch) eine längere Lebenserwartung als früher haben, wird der Masse der Bevölkerung der von ihr erarbeitete Erfolg auch dadurch geraubt, dass der Pensionsantritt hinaufgesetzt werden soll. So wird das frühere Ziel, länger zu leben, fast zur Strafe gemacht. Menschenverachtung ist das!

Beispiel 5: Invaliditätspension

Nach Ansicht der Wirtschaft gehen auch zu viele Leute in die sog. „Invaliditätspension“. Was tun? Statt die Arbeitsbedingungen zu verbessern, den Stress am Arbeitsplatz zu reduzieren, z.B. durch eine kürzere Arbeitszeit oder früheren Pensionsantritt für alle, wird so getan, als ob alle, die in Invaliditätspension gehen, wenn sie eine solche überhaupt erhalten, Tachinierer wären. Wahr ist, wie aus Statistiken des Sozialministeriums hervorgeht, dass etwa männliche Invaliditätspensionisten 10 Jahre früher sterben als „normale“ Alterspensionisten. Davon aber wollen die Herren Bosse nichts hören. Deshalb wird vorgeschlagen, die Kriterien für den Anspruch einer Invaliditätsrente zu verschärfen. Schwuppdwupp und schon hätten wir weniger Invaliditätspensionisten. Die SPÖVP-Regierung signalisierte Zustimmung zu diesem Vorhaben.

Durch Verschärfung der Zugangskriterien werden die Menschen aber nicht gesünder!

Beispiel 6: Gesundheit/Krankenkassen

Da werden seit Jahren die Krankenkassen krank geredet, sie verursachten nur ein Defizit nach dem anderen und dass wir deshalb für unsere Gesundheit noch mehr bezahlen müssten – meist über Selbstbehalte und ständige Streichung von Leistungen, wie jeder tagtäglich, wenn er etwas vom Arzt braucht bemerken kann. Tatsächlich hatten die Krankenkassen per 31. Dezember 2006 ein Defizit von fast 61 Millionen Euro. Doch zum gleichen Stichtag waren die Unternehmen in Österreich mit rund 934 Millionen Euro bei den Kassen im Rückstand! 134 Millionen Euro davon gelten als uneinbringlich, d.h. damit haben sich die diversen Firmenchefs auf Kosten der Kranken und der Steuerzahler schon aus dem Staub gemacht. Mit den verbleibenden 800 Millionen Euro, die die Unternehmer den Menschen ungesetzlich vorenthalten, behalten sie doch die Beiträge der arbeitenden Menschen ein und arbeiten damit, statt sie an die Kassen sofort abzuliefern, schrieben die Kassen über Jahre hinaus kein Defizit und die Debatte um Spitalsschließungen, Personalabbau im Gesundheitsbereich und Einschränkung von Leistungen für die Kranken hätten keine Nahrung. So profitieren die Zerstörer des sozialen Gesundheitssystems doppelt: sie behalten Beträge, die den arbeitenden Menschen und den Kassen gehören zurück, erzeugen so eine „Defizit“-Debatte, die dazu beitragen soll, dass eine Privatisierung des Gesundheitssystems angeblich besser funktionieren soll. Wahrscheinlich – für die Profite der diversen privaten Versicherungen, Spitalsanbieter, Privatärzte, „Gesundheitsökonom“ usw.

Die Reihe der Beispiele ist leider fast beliebig fortsetzbar

Post:

1.500 Briefträger sollen gekündigt werden

Der Staat fördert immer mehr und unverblümt die Privatisierung von Dienstleistungen im Interesse der Privatfirmen. Auch bei der Post geht das schon seit Jahren. Den profitablen Telefonsektor hat man schon längst abgespalten und auch den Privaten geöffnet. Bei der Post ist das wegen der Versorgung nicht so einfach, doch auch hier wird die Post Stück um Stück zerschlagen. Jetzt sollen weitere 1.500 Briefträger hinaus geschmissen werden. Da müssen sogar die Zeitungen eine „kritische Haltung“ einnehmen. Wir zitieren aus dem „Kurier“ vom 24. 8. 07:

„Keine Post“

„Sage keiner, die Post ist nicht konsequent: Weil die Briefe in Mail-Zeiten immer weniger werden und die Pakete immer mehr von der (schnelleren) Konkurrenz transportiert werden, schließt sie Postämter. Weil das Futter für die weniger gewordenen Postämter ausbleibt, montiert sie Briefkästen ab. Und weil Brieger mangels

Briefkästen und Postämtern noch seltener verschickt werden, baut sie Briefträger ab. Das der Brief trotzdem noch 60 % des Postgeschäfts ausmacht – papperlapapp, die Post ist schon weiter: Wer, sagen wir, 50 Briefe auf einmal aufs Postamt trägt, muss zusätzlich zur Marke für jedes mal Stempeln zehn Cent zahlen. Kann sich das Geld aber sparen, wenn er am Schalter selbst stempelt – dann arbeitet der Kunde mit dem Poststempel der Post, und der Schalterbeamte schaut zu, buchstäblich. Der nächste Schritt wäre, den Brief selbst zuzustellen. Dann kann die Post endlich zusperrern. Was ja, wenn wir die mikroökonomischen Überlegungen der Post nicht falsch verstanden haben, eh das Ziel ist. A.S.“

Tatsächlich entledigt sich der Staat immer mehr der Aufgabe, öffentliche Dienste wie Post, Gesundheit, Transport, sicher zu stellen und trifft damit immer die Ärmern. Selbst den sonst so privatisierungsfreundlichen „Kurier“ fällt dies auf (siehe oben) und er kommt nicht

umhin, dies zu kritisieren. Allerdings mehr als blauäugig: Denn dass Private schneller seien – mag sein, billiger sind sie in der Regel nur für die Firmen, nicht für den Letztverbraucher. Aber die Firmen sind ja auch die „Lieblinge“ des Kurier. Doch die Leser, und das ist die Bevölkerung, muss bei Laune gehalten werden, deswegen der obige halbblustige und scheinkritische Kurier-Kommentar. Denn zuerst wird die Post und deren Beschäftigten jahrelang medial als „Minderleister“ geprügelt, wird davon geredet wie „unfähig“ die Post ist usw. Und dann werden jetzt Krokodilstränen vergossen und so getan, als wäre man gegen die Zerschlagung der Post.

Meinte es der „Kurier“ ernst, müsste er die Menschen mobilisieren, indem er darüber aufklärt, wer die Nutznießer sind und dass „mehr privat, weniger Staat“ immer zu Lasten derjenigen geht, die wenig(er) haben. Denn Privatanbieter picken sich nur die Rosinen heraus und ist ihnen z. B. die flächendeckende Versorgung egal. So können sie auch leichter schneller sein. Und falls sie eine Gesamtversorgung erledigen, dann verlangen sie erst recht staatliche Subventionen (wie schon in anderen Ländern geschehen, z. B. bei der Bahnprivatisierung). Also zahlt wieder die Allgemeinheit, aber deren Zahlungen wandern in die Taschen Privater, statt allen zugute zu kommen.

Ich kann's einfach nicht glauben,

dass eine Verkäuferin morgens beim Eintreffen an ihrem Arbeitsplatz sich erst einmal eine Windelhose anzieht, weil sie bis zum Zusperrren kein WC aufsuchen darf. Sie ist allein in einer kleinen Boutique in einem Einkaufszentrum und darf, laut Vertrag, keine Sekunde zugesperrt haben. Die Frau empfindet diesen Umstand als Belastung und Entwürdigung. Ändern kann sie ihn nicht. Ähnliche Fälle gäbe es in Produktionsbetrieben, in denen Arbeiterinnen laufende Maschinen nicht verlassen dürfen. Ich kann's nicht glauben, dass das wirklich so ist. Aber es schreibt sogar die bürgerliche Zeitung KURIER über diese menschenverachtenden Zustände. Von Gewerkschaftsseite wird berichtet, dass es oft Probleme mit den Offenhaltungszeiten in Einkaufszentren gibt. Manche Menschen, die unter solchen Arbeitsbedingungen beschäftigt sind, haben Gesundheitsschäden, die vom Zurückhalten der Notdurft herrühren.

Noch gibt es Schutzbestimmungen, Kollektivverträge, einen gesetzlichen Rahmen. Warum sind die Kollegen von der Gewerkschaft nicht in der Lage gegenüber solchen ausbeuterischen Unternehmern menschenwürdige Arbeitsbedingungen durchzusetzen und berichten nur darüber, was falsch gelaufen ist? Das ist zuwenig. Die Arbeitsbedingungen werden immer schlechter. Im Augenblick scheint es einen neuerlichen Schub in die negative Richtung zu geben. Zu sagen, dass viele durch Lohndruck und Arbeitsplatzunsicherheit ihre Rechte nicht einfordern können, genügt nicht.

Die Kollegen in den oben geschilderten exponierten Arbeitsplätzen müssen sich das nicht gefallen lassen. Sie müssen Unterstützung finden, bzw. die umfassende Deregulierung von Wirtschaft und Gesellschaft an sich, die der Grund für solche geschilderten grauslichen Unternehmermaßnahmen ist, muß gebrochen werden, um wieder ein Maß zu finden für ein Wirtschaften und Arbeiten, das den Menschen dient und nicht den Geldhaien. Typisch ist z.B., dass man prahlt, „die Österreicher gehen weniger in Krankenstand“, und das als erzieherischen Erfolg sieht. Dass sich viele Kollegen und Kolleginnen nicht in Krankenstand zu

gehen trauen, obwohl sie krank sind, weil sie dann den Arbeitsplatz verlieren, steht in solchen Statistiken nicht drinnen.

Dramatisch ist die Veränderung der Belastungen der Arbeitnehmer: Früher waren oft die körperlichen Belastungen unerträglich, heute sind die psychischen Belastungen das Hauptproblem. „Mehr als die Hälfte der Invaliditätspensionen hat psychische Ursachen“, sagt ein Experte für arbeitsplatzbedingte Erkrankungen. Aber die Pensionsexperten der Regierung und gewisse Kreise beschimpfen diese Kollegen als Tachinierer und arbeitsscheue Schwindler, die sich die Pension eigentlich nicht verdienen, sondern sich nur vom Arbeitsprozess drücken wollen. „Ein Viertel der Österreicher hat im Laufe des Lebens eine psychische Erkrankung, 27% sagen, dass sie unter Arbeitsstress leiden. Von 1955 bis 2002 hat sich die Zahl der verwendeten Antidepressiva verdoppelt. Der Druck auf den Einzelnen hat zugenommen“. Wenn z.B. 700 Menschen die Arbeit von 1.000 tun müssen, werden sie ausgelaugt und ausgesaugt und können am Abend „nicht mehr stehen“. Die Energie für den gerade bei psychischen Belastungen nötigen Ausgleich, etwa Bewegung, fehlt den meisten, weil sie zu erschöpft sind, um nach der Arbeit oder am Wochenende noch etwas zu unternehmen. „Früher hab ich am Freitagnachmittag zu leben angefangen, jetzt fange ich zu schlafen an“, sagt ein Schichtarbeiter. Dazu der Integrationsbeauftragte der Österreichischen Bischofskonferenz: Dem Konjunktur-Vehikel „sind die Leitschienen abhanden gekommen, die es davon abgehalten haben, in den Graben zu fahren“. (KURIER, 15.9.07) Dass diese Leitschienen wieder angebracht werden, hofft der Historiker Matis: Die EU sei gut beraten, wenn sie die sozialen Standards aufrechterhalte, die zur sozialen Sicherheit beitragen.

Wie meinen, dass die Verantwortlichen aller Seiten anfangen müssten den Karren umzudrehen und Menschen nicht länger wie Sklaven behandelt werden dürfen. Es ist unmenschlich, ein ganzes Volk krank zu machen, nur wegen des Profits. Wir müssen dagegen aufstehen und gerechte Bedingungen für alle arbeitenden Menschen schaffen!

EU-Vertrag:

Alter Wein in neuen Schläuchen!

Vor 2 1/2-Jahren haben Frankreich und Holland eine EU-Verfassung abgelehnt. Jetzt soll sie wieder belebt werden.

In Österreich – auch in anderen EU-Ländern – wurde darüber öffentlich praktisch nie diskutiert, das Vertragswerk aber im Parlament von allen Parteien, also von ÖVP; BZÖ, FPÖ, SPÖ und Grüne, abgesegnet worden. Heute gibt sich BZÖ und FPÖ in der Opposition kritisch, „Kronenzeitung“ und die FPÖ verlangen sogar eine Volksabstimmung. Als EU-Verfassungsgegner dies 2005 forderten, stießen sie bei allen Parteien und bei den Medien auf taube Ohren. Bei Strache verhält es sich so wie schon zuvor bei Westenthaler oder Haider: in Worten sind sie für eine Volksabstimmung, für die Neutralität „für Österreich“ usw., in Taten haben sie bereits zugestimmt und betreiben den politischen und wirtschaftlichen Ausverkauf Österreichs genauso wie die Regierungsparteien. Wie zuletzt Landeshauptmann Haider mit der Hypo Alpe Adria, die er an die Bayern LB verscherbelte. Dass jetzt die „Kronenzeitung“ für eine Volksabstimmung in Sachen EU-Vertrag Leserbriefe abdruckt, zeigt wie die Stimmung im Lande ist. Da aber vom Bundespräsidenten abwärts, zuletzt wieder Nationalratspräsidentin Prammer, eine Volksabstimmung über den EU-Vertrag in Österreich neuerlich ausgeschlossen hat, darf die „Kornenzeitung“ ruhig „kritisch“ schreiben, wirklich eine Ablehnung des EU-Vertrages will und kann sie gar nicht wollen, als Filialzeitung des deutschen WAZ-Konzerns. Denn besonders die deutsche Wirtschaft und Politik betreibt gemeinsam mit Frankreichs neuen Präsidenten Sarkozy die Wiederbelebung des EU-Vertrages, um die EU-Militarisierung als „demokratisch“ legitimiert leichter vorantreiben zu können.

So soll unter dem Namen EU-Vertrag und mit ein paar kosmetischen Korrekturen das Sozialabbau- und Demokratieabbauvorhaben sowie das Aufrüstungs- und Liberalisierungsprojekt, sprich noch mehr Freiheit für das Kapital, der EU doch noch umgesetzt werden. Diesmal völlig unter Ausschluss des Volkes (Volksabstimmungen). Man will alles absegnen und dann 2009 in einem Aufwaschen mit den Europawahlen eine Pro-Entscheidung darüber mit der

Gesamtmehrheit der Staaten und Bevölkerungen herstellen. Das heißt auch in Ländern, wo etwa im einzelnen Land keine Zustimmung erfolgt, würde dann der „neue“ EU-Vertrag als angenommen gelten, wenn die Gesamtmehrheit der EU dafür ist. Hier haben natürlich die großen Staaten ein Übergewicht. Es geht nicht um Übereinstimmung, sondern um Überstimmung. Ein Vorgeschmack, wie in die „Architekten“ dieses Vertrages sich die Zukunft der EU vorstellen: noch abgehobener und von den Bevölkerungen ungestörter.

Als wir 2005 als Vertreter einer Plattform, die eine Volksabstimmung über die EU-Verfassung verlangte, beim damaligen SPÖ-Vorsitzenden und jetzigen Bundeskanzler Gusenbauer vorsprachen und für eine Volksabstimmung in dieser Frage warben, meinte dieser sinngemäß: Er sei gegen eine Volksabstimmung, weil das sonst so interpretiert werden würde, dass die SPÖ gegen die EU-Verfassung sei, was aber nicht der Fall sei. Auf die eigene Basis hat der damalige Herr Oppositionsführer schon damals gepfiffen und auf „staatsmännisch“ getan. Und das setzt sich in der Großen SPÖVP-Koalition nahtlos fort, ja da ist Gusenbauer willigster Erfüllungsgehilfe der deutschen Kanzlerin Angela Merkel, wenn es z. B. darum geht, widerborstigen Staaten klar zu machen, dass die Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips doch kein Problem sei. Tatsächlich können durch die vorgesehene Umstellung auf Mehrheitsbeschlüsse in Zukunft die großen Staaten noch einfacher über die kleinen drüberfahren. Für Österreich bedeutet das noch mehr Unterordnung unter die wirtschaftliche und militärische Vorherrschaft der EU, d.h. für uns konkret Deutschland.

Oft wird die Gefahr an die Wand gemalt, dass beim endgültigen Scheitern des EU-Vertrages ein „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ drohe. Na und? Da könnte Österreich dann z. B. seine Neutralität erhalten, müsste nicht bei Militäreinsätzen der EU mitmachen usw. usf. Beim vorgesehenen EU-Vertrag gibt es zwar nur eine Geschwindigkeit, aber die ist nur für die großen Staaten und ihre Konzerne gut, aber die kleinen müssten mitlaufen und – wie schon jetzt z. B. beim Eurofighter die Gefahren und die Kosten tragen. **Deshalb Nein zum EU-Vertrag! JA zur Neutralität!**

Warum gibt es immer mehr Kriege auf der Welt?

Österreichs Verteidigungsminister Darabos (SPÖ) sagte, sowie sein Vorgänger Platter (ÖVP) schon im Jahr 2004, dass Österreich bei den sog. EU - battle groups (= Schlachtruppen) mitmachen werde und hat darüber hinaus behauptet, dass diese Einsätze nicht der Neutralität widersprechen. Österreichs EU-Außenkommissarin Ferrero Waldner präziserte dazu: Die EU werde ihre geplanten battle groups unter besonderen Umständen auch ohne die Zustimmung des UN-Sicherheitsrats in Einsätze schicken und Österreich solle hier mitwirken. (Standard 11.9.2007) Hier ist das Feigenblatt des UN-Mandats schon gefallen. Die battle groups sind die neuen EU-Schlachtruppen, kampffähige Einheiten als Teil einer neuen EU-Interventionsarmee! Diese soll im Endausbau insgesamt 60 000 Mann umfassen! Sie soll zu Kriegseinsätzen im Umkreis von 4000 km rund um die EU in der Lage sein. Diese Armee soll letztlich den EU-Großmächten dazu dienen, Zugang zu Absatzmärkten, Rohstoffquellen und geopolitischen Einfluss in Konkurrenz zur militärisch aggressiven USA zu erreichen. Damit sollen sich auch für den militärisch-industriellen Komplex in Europa immer größere Profite aufbauen. Die 4 größten europäischen Rüstungskonzerne (die britische BAE, die italien. Finmeccanica, der deutsch-französisch-spanische EADS und der französ. Thales Konzern) machten 2005 schon 40 Milliarden Euro Umsatz, das ist neuer Rekord.

Zu Österreichs Beitrag zu diesen geplanten Kriegen gehören auch die nun angekauften Eurofighter. Das sind Kampfbomber für offensive globale EU-Militäreinsätze. Das bestätigt auch der Kommandant der Streitkräfte des österr. Bundesheeres Günter Höfler: Die Eurofighter dienen dazu, für "Kampfeinsätze im Europäischen Verbund", mit einem Einsatzradius "Westbalkan bis hinunter nach Afrika, den Nahen Osten und den Kaukasus" zur Verfügung zu stehen. Dies ist ein klarer Bruch des Staatsvertrages Österreichs und damit wäre die Neutralität ausgelöscht. 80 % der Österreicher sind jedoch nach wie vor für die Beibehaltung der Neutralität! Deswegen geben sich sowohl Darabos und Gusenbauer und ein Teil der ÖVP Spitze nach wie vor als Verteidiger der Neutralität aus, obwohl sie an deren völligen Abschaffung arbeiten! Sie geben unsere Steuermilliarden für die Aufrüstung für die nächsten Kriege aus und wollen uns das Sparen vorschreiben!

Die Krise der Supermacht USA macht deren Politik noch gefährlicher!

Nach dem Bankrott riesiger US-Konzerne wie Enron und WorldCom vor 4 Jahren, kam es seit damals immer wieder zu Pleiten. Nun kam es Mitte August 2007 zu dem von manchen Experten schon seit Jahren vorhergesagten weltweiten Börsenabsturz und bereits zu Bankenpleiten. Anlass war das Platzen der sog. Immobilienblase. Mit den auf Schulden finanzierten

Immobilien Kaufboom besicherte die Finanzwelt ihre Geschäfte (faule Kredite). Als die Kredite fällig wurden, platzte die Immobilienblase, der Häuselbauer hatte dann weder Haus noch Geld. Die direkten Kursverluste aus der US-Immobilienkrise wurden per 17.8. mit ca. 150 Milliarden Dollar beziffert, die Kursverluste an den Weltbörsen, die die Krise ausgelöst haben, dürfte die 1000 Milliarden Dollar (1 Billion) übersteigen.

Doch diese Entwicklung ist eben nur der Auslöser der Krise. Davor waren die Börsenkurse seit 4 Jahren insgesamt geboomt, auf allen großen Finanzmärkten um das Mehrhundertfache. Gründe waren die sog. Deregulierung der Finanzmärkte, die Schaffung immer neuer Spekulationsmöglichkeiten bzw. Instrumente dazu. Die Finanztransaktionen des internationalen Finanzkapitals machen längst das Hundertfache des Bruttoinlandsproduktes der wichtigsten Industrieländer aus. Es werden täglich an den Devisenbörsen 1900 Milliarden Dollar umgesetzt! Sie stammen u.a. von multinationalen Konzernen, sog. Pensionsfonds und Ölexporteurs. Doch nur mehr maximal 7% dieses Geldvermögens entspricht tatsächlich vorhandenen Werten! Die Konkurrenz um immer höhere Zinserträge, um immer höhere Profite lässt, lässt den Umfang des Finanzkapitals alle bisherigen Ausmaße sprengen. Einige wenige häufen gigantische Vermögen an, die Bevölkerung zahlt drauf, Menschen werden arbeitslos bzw. verlieren ihr Hab und Gut, Firmen gehen in Konkurs. Bei solchen crashes wird der Ruf nach Reformen der Bankaufsichten laut, ja der Ruf nach einer (geringen) Besteuerung von Spekulationsgewinnen, doch gegen das internationale Finanzkapital stellt sich letztlich keine Regierung, machen sie doch ihre Politik im Dienste gerade des Kapitals!

Die US-Wirtschaft ist auf einer gigantischen Pyramide von Schulden aufgebaut.

Das US-Handelsdefizit betrug 2005 725 Milliarden Dollar, 17% höher als 2004 und es steigt weiter. Die US-Auslandsschulden beliefen sich schon 2005 auf gigantische 6000. Milliarden Dollar! Die USA leben also vom geborgten Geld, letztlich von den Ersparnissen der Welt, zu einem guten Teil von den Milliarden, die Länder wie Deutschland, Frankreich, Japan oder China in den USA in Staatsanleihen und Wertpapiere angelegt haben. Ausländische Zentralbanken sind heute schon Gläubiger von ca. 50 % der gesamten Schulden der USA.

"Die USA finanzieren sich im Ausland. Noch nie hat ein führendes Land hauptsächlich Kredite im Ausland aufgenommen. Und da wir (die Zentralbanken bzw. die großen europäischen Banken und letztlich der Steuerzahler in Europa) die Amerikaner finanziert haben, haben wir auch jetzt den Krach." (E. Streissler, einer der bekanntesten österreichischen Ökonomen, Presse 11.8.2007)

Die USA kann sich deswegen ihre Schuldenpolitik

leisten, weil sie einerseits auf ihre militärische Stärke setzt. Mit ihrer aggressiven imperialen Politik erobern sie sich immer neue Absatzmärkte, Rohstoffquellen (zuletzt Irak) und Einflussphären (Afghanistan). Andererseits garantiert ihnen die US-Dollarbindung ans Erdöl ihre Vorherrschaft. (siehe unsere letzte Aussendung 2/2007). Wenn wichtige Länder die Dollarbindung des Erdöls aufgeben und das Öl z.B. in Euro handeln, führt das laut Experten zu einem Wirtschaftskollaps in den USA! Die USA braucht die Vorherrschaft in der Welt, vor allem im Nahen und mittleren Osten und in Asien, auch und nicht zuletzt, um zu verhindern, dass sich aus diesen und den europäischen Ländern ein von Ihnen unabhängiger Rohstoffmarkt entwickelt. Das, so schrieb der Ökonom Engdahl schon 2004, war die wahre Bedrohung durch Sadam Husseins Politik, der der EU Erdöl für Euro verkaufen wollte, nicht die erfundenen Massenvernichtungswaffen. "Die Zukunft von Amerikas Status als einziger Supermacht hing davon ab, diese Bedrohung des Petrodollars, die vor allem aus Eurasien und den Euroländern kam, abzuwenden." Der Irak wurde mit Krieg überzogen, Sadam Hussein gestürzt. (F.W. Engdahl, Zeit-Fragen 22, 16.6.2003) Das ist also der 2. wichtige Grund warum die USA im Irak bleiben. Das ist auch der Grund, warum die USA das Regime im Iran stürzen wollen und es deshalb mit Krieg bedrohen. Die USA braucht Konflikte, kriegerische Auseinandersetzungen, sie braucht Rüstung und den Krieg, um ihre wirtschaftliche Schwäche wettzumachen, um ihren Konzernen weiter und steigend ungeheuerere Profite zu ermöglichen, auch auf Kosten von Millionen Toten.

Unter dem Titel "Das große Geld mit dem Krieg" schrieb "die Presse" am 6.8. 2007 auf Seite 1, dass die USA 2006 ihr bisher höchstes Militärbudget von 529 Milliarden Dollar hatte. Rechnet man dazu was andere US-Ressorts für Sicherheit und Verteidigung ausgeben, z.B. das Heimatschutzministerium oder das Energieministerium, kommt man auf 987 Milliarden Dollar, berichtet "die Presse" weiter. Und das alles ist noch ohne die Kosten für den Irak und Afghanistan-Krieg! Inklusiv dieser Kosten sind es geschätzt 1500 Milliarden Dollar pro Jahr. Das hält die amerikanische

Wirtschaft am Laufen und die Profite der US-Rüstungskonzerne steigen rasant an! 63% der weltweit 2005 getätigten Militärverkäufe machten die US-Rüstungskonzerne, das waren ca. 210 Milliarden Dollar! "Die Presse" weiter: "Die Kriege und die Angst vor neuen Anschlägen sind der Motor unserer Wirtschaft!" "Die Presse" meint das hoffentlich nicht so, aber eigentlich sind diese Zeilen folgendermaßen zu verstehen: Die USA-Wirtschaft braucht Anschläge und Krieg! Wir sind der Auffassung, dass die USA als Vorwand für die Legitimierung ihres aggressiven Expansions- bzw. Kriegskurs eine Feind brauchen, dazu wird heute hauptsächlich der "Islam" hochstilisiert, ganz abgesehen davon, dass die mörderische US- Politik , dieser Staatsterrorismus, Gegner dieser Politik heranzüchtet.

Schon lange vor dem Irak-Krieg hieß es 2002 in einem Bericht für das US-Verteidigungsministerium, der dann die Basis für die nationale Sicherheitsstrategie der USA wurde, dass die USA eine beständigere Rolle in der Golfregion spielen müssen, über die Überwindung des Regimes Sadam Hussein hinaus. Es geht, so das Papier, um den Erhalt der globalen US-Vormachtstellung, die das Aufkommen eines großen Machtrivalen ausschließt. D.h. es geht um Macht, Macht die Profite der Konzerne zusichern.

Und dafür überzieht die USA die ganze Welt auch mit Kriegen.

Die europäischen Großmächte wollen und müssen in diesem unerbittlichen Konkurrenzkampf mithalten. Sie rüsten ebenfalls für Kriege. Jüngstes Beispiel ist die offene Kriegshetze des französischen Außenministers Kouschner gegen den Iran, der unlängst sagte, dass sich die Welt auf einen Krieg mit dem Iran einstellen müsse. Österreichs Neutralität ist heute wichtiger denn je.

Die Erhaltung bzw. die Verteidigung unserer Neutralität ist ein Beitrag zum Frieden in Europa. Wenn wir mitmarschieren, werden wir selbst zur Zielscheibe.

Nicht die Eingliederung in die EU der Konzerne und der Militärs, nicht die Kooperation mit der NATO, nicht die Aufgabe der staatlichen Souveränität und Teilnahme an Kriegen, sondern aktive Neutralitätspolitik unseres Landes ist der beste Beitrag zur Sicherheit und zu Frieden!

Klimawandel:

Kein Wandel bei Konzernen und Politik

Eine Konferenz jagt die andere. Politiker geben sich besorgt, beschließen öffentlichkeitswirksam Programme zur CO2-Reduktion, loben die Atomkraft als Ausweg und bitten die Bevölkerung zur Kasse, um angeblich die Klimakatastrophe zu verhindern.

Statt die Atomkonzerne in die Schranken zu weisen, die staatlichen Subventionen für die Atommafia zu streichen und die maroden AKW zu schließen, statt die Superprofite der Ölkonzerne anzuzapfen, wird den Menschen noch mehr Geld mit der „Klimaangst“ aus der Tasche gezogen und gleichzeitig der Wettlauf um neue

Ölvorkommen, sonstige Rohstoffe und handels- und militärstrategisch wichtige Gebiete (z.B. Nordwestpassage) in der Arktis begonnen. Bisher internationales Gebiet unter UN-Hoheit, wollen Kanada, Russland, USA oder Dänemark (Grönland) mittels „geologischem Beweis“ (Verbindung zum jeweiligen Festlandsockel) dort ihre Vorherrschaft absichern. Dabei geht es in erster Linie nicht um „unsere“ Versorgung, sondern vor allem darum, wer als erster den größten Profit davon trägt.

Während also von klimaschonenden Maßnahmen gefaselt wird, bereiten sich die Konzerne mit ihren Politikern im Windschatten auf die Ausbeutung der neuen Reserven vor, die durch eben den angeblich nun bekämpften Klimawandel leichter und damit profitabler als bisher zugänglich

werden. Die Großkonzerne, die Mitverursacher des Klimawandels, profitieren gleichzeitig davon. Warum also sollen sie dann in Wirklichkeit etwas gegen die Klimakatastrophe unternehmen? Außer sie werden dazu von den Bevölkerungen gezwungen!

Post wird wieder teurer - Spendenaufruf!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir danken herzlich für die Zuschriften und Spenden. Jetzt geht es wieder darum, gegen die Abschaffung der Neutralität und gegen die Militarisierung der EU aufzutreten. Dazu sind wir im Sinne unserer gemeinsamen Sache verstärkt auf Ihre Mitarbeit und finanzielle Unterstützung angewiesen.

Damit die Post noch mehr Gewinne schreiben kann, baute und baut sie Personal ab (1.500 Briefträger), erhöht den Arbeitsdruck auf die Beschäftigten, schießt Postämter und erhöht die Gebühren für die Kleinen – so auch für den Postzeitungsversand von Vereinen usw. So ab 1. Jänner 2008 auch für die sog. „Sponsoring-Post“. Zusätzlich werden die Retoursendungen unserer Aussendungen je Info-Blatt, das als unzustellbar gilt, kostenpflichtig, müssen wir also doppelt bezahlen.

Daher unsere Bitte: Teilen Sie uns rechtzeitig Adressänderungen, Änderungen von Straßennamen, Hausnummern, Postleitzahlen mit, oder wenn am Adresskleber ein Fehler vorhanden ist, oder Sie unsere Zusendungen nicht mehr erhalten wollen.

Da die Post immer teurer wird, wollen wir mehr Infos per E-Mail und Internet abwickeln – dazu benötigen wir Ihre E-Mail-Adresse. Wer daran Interesse hat, gibt uns diese bekannt unter:

ggae@gmx.at

Mit kollegialen Grüßen

„GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg“

Neue Post-Anschrift und E-Mail-Adresse

Gewerkschafter gegen Atomenergie, Stiftgasse 8, 1070 Wien; ggae@gmx.at

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion: Gewerkschafter gegen Atomenergie, Stiftgasse 8, 1070 Wien. P.b.b. **Verlagspostamt 1070 Wien, Erscheinungsort Wien.** DVR: 0649228; „Sponsoringpost“ **GZ02Z030950 S** – ZVR 100322133

Spendenkonto bei der PSK 73.055.305 – Bankleitzahl 60.000 - Bei Einzahlungen mit Erlagschein/Überweisungen bitte wie folgt ausfüllen: Unter Kontonummer EmpfängerIn: 73 055 305, unter EmpfängerIn: PSK, W. Leisch, und unter Verwendungszweck: Gew. gg. Atomenergie. **Kontaktadresse:** Stiftgasse 8, 1070 Wien. **E-mail – NEU:** ggae@gmx.at

